



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Kinderschutzbund Viernheim besucht Lambrecht in Berlin

„Kinder zuerst!“

Berlin/Viernheim, August 2009 – Auf Einladung der Bergsträßer Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht (SPD) besuchte ein Gruppe aus Viernheim, der auch mehrere Vertreterinnen des Kinderschutzbunds Viernheim angehörten, die Bundestagsabgeordnete in Berlin. Im Rahmen eines viertägigen Besuchsprogramms in der Bundeshauptstadt traf sich die Gruppe mit Lambrecht im Deutschen Bundestag zu einem Gespräch.

Lambrecht erläuterte den Abgeordnetenalltag und die Arbeitsweise des Parlaments. Sie machte auch deutlich, wie es gelingt, Familie und politische Arbeit zu vereinbaren. „Das ist alles eine Frage der Organisation“, so Lambrecht. „Mein Sohn profitiert davon und hat einen großen Freundeskreis. Am Anfang waren wir Abgeordnete mit Kindern noch Exoten, doch heute bestimmen oft auch Kinder das Bild im Bundestag. Das hat dem Parlament gut getan“.

Sicher habe diese Tatsache auch das Bewusstsein verändert. So sind in den letzten Jahren viele Verbesserung für die Situation von Kindern durchgesetzt worden. Auch im Kinderschutz. „Die erschreckenden Beispiele der letzten Zeit haben gezeigt, dass vernachlässigte und misshandelte Kinder die Hilfe des Staates brauchen“, so Christine Lambrecht. „Um dieser Verantwortung gerecht zu werden und die familiengerichtliche Praxis zu verbessern, haben wir den § 1666 BGB geändert. Familiengerichte, Jugendämter, Schule und Polizei werden so in Zukunft besser zusammenarbeiten und im Einzelfall früher tätig werden. Ausgangspunkt aller Überlegungen muss die Er-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

kenntnis sein, dass frühzeitige Prävention das beste Mittel ist, um Kinder zu schützen“.

Das Ziel der Neuregelung sei es, gefährdete Kinder so früh wie möglich zu schützen. Dazu kann die frühzeitige Einschaltung der Familiengerichte, die anders als Jugendämter verpflichtend auf die Eltern einwirken können, ganz wesentlich beitragen. Zur Hilfe für Kinder und ihre Eltern sieht das Recht der Kinder- und Jugendhilfe vielfältige Angebote und Leistungen der Jugendämter vor. Die Familiengerichte sind erst einzuschalten, wenn die Eltern nicht mit dem Jugendamt zusammenarbeiten und zum Schutz des Kindeswohls in das Sorgerecht der Eltern eingegriffen werden muss. „Das Grundgesetz definiert in Artikel 6 Absatz 2 ein Gleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten der Eltern einerseits und der Verpflichtung der staatlichen Gemeinschaft, über die Betätigung der Eltern im Sinne des Kindeswohls zu wachen“, so Lambrecht. „Genau von diesem Gedanken haben wir uns bei der Reform des FGG leiten lassen. Die Erziehung der Kinder ist das gute Recht der Eltern aber auch die ihnen obliegende Pflicht. Wo diese verletzt wird, muss die Gesellschaft eingreifen. Es liegt nicht im Ermessen der Eltern, ob sie ihr Kind verhungern lassen oder nicht“.

Mit all diesen Maßnahmen tue man etwas dafür Fälle von Verwahrlosung und Vernachlässigung von Kindern frühzeitig zu verhindern und überforderten Eltern Hilfestellungen zu geben. „Ich hoffe, dass wir dann zukünftig solche furchtbaren Fälle, wie wir sie in der Vergangenheit erleben mussten, verhindern oder zumindest auf ein Mindestmaß reduzieren können“, so Lambrecht.

Auch bei der Änderung des Unterhaltsrecht habe sich die SPD damit durchgesetzt, die Ansprüche der Kinder in den Vordergrund zu rücken. „Gerade im Fall einer Trennung der Eltern haben die Kinder am wenigsten Einfluss auf diese Entschei-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

„... und sind oft die Leidtragenden, auch finanziell“, so Lambrecht. „Das haben wir geändert“.

Die Vertreterinnen des Kinderschutzbundes zeigten sich zufrieden über die Neuregelungen, forderten die Abgeordnete aber auf, auch in Zukunft nicht nachzulassen für die Rechte von Kindern zu kämpfen, was Christine Lambrecht mit Verweis auf ihre bisherige Arbeit versprach.



Das Foto zeigt die Gruppe mit Christine Lambrecht im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags.